



Politischer Kurzbericht

## 2005/2006 – Weichenstellungen für den EU-Beitritt Rumäniens

von

**Dr. Günter W. Dill / Maria Vasiu / Georgeta Voinea**

**Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Bukarest, 26. Januar 2006

Das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen für den Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union. Die nach den Wahlen Ende November 2004 neu installierte Regierung in Bukarest sah sich u.a. vor die schwierige Aufgabe gestellt, im Eiltempo die mit Brüssel ausgehandelten Beitrittsverpflichtungen zu erfüllen. Sicher wurden mit dem positiven Votum des Europäischen Parlaments und mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags im April 2005 entscheidende Weichenstellungen vollzogen. Die Regierungsbilanz des vergangenen Jahres fällt freilich bescheiden aus und in der Bevölkerung wächst die Skepsis, ob der anvisierte Beitrittstermin zum 01. Januar 2007 realistisch ist.

Im Vordergrund der Vorbereitung des Beitritts Rumäniens zur EU steht unverändert die **Justizreform**. Korruptionsbekämpfung und Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz sind die von den Medien, den Bürgern und der EU am aufmerksamsten beobachteten Handlungsfelder der jetzigen Regierung.

Von Justizministerin *Monica Macovei*, die zweifellos das schwierigste Regierungsamt inne hat, wurde das Reformpaket für die Schaffung des gesetzlichen und institutionellen Rahmens für die Korruptionsbekämpfung und für die Gewährleistung der Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit der Justiz auf dem Weg gebracht und damit zukunftsweisende Akzente gesetzt. Die praktische

Aussenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung / Ausgabe 17 / 26. Jan. 2006  
<http://www.kas.de/bukarest>

Umsetzung der eingeleiteten Reform (durch Austausch der „alten“ Generation von Richtern und Staatsanwälten oder neue Verfahren zur Rekrutierung von Nachwuchsjuristen) wird freilich noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Das Ausbleiben nachhaltiger Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung ist vorrangig den Widerständen und der Trägheit des Justizsystems selbst zuzuschreiben, ein schweres nur langfristig überwindbares Reformhindernis.

In der Bilanz der Regierung *Tariceanu* sind freilich auch positive Reformanstöße zu erwähnen

- Die Anfang 2005 erfolgte Einführung einer Einheitssteuer von 16% wurde von der Wirtschaft positiv angenommen, brachte aber auch den Bürgern realen Kaufkraftzuwachs. Darüber hinaus haben die Bemühungen um mehr Steuerehrlichkeit zu realen Mehreinnahmen im Staatshaushalt beigetragen.
- Im Rahmen der angestrebten umfassenden Reform der öffentlichen Verwaltung hat es sichtbare und für alle Bürger spürbare Fortschritte gegeben, insbesondere bei der Polizei, die notorisch als korrupt gilt. Drei zentrale Reformgesetze – für die öffentliche Verwaltung, für Dezentralisierung und für öffentliche Finanzen - befinden sich jetzt in der öffentlichen Diskussion.

Zu den nennenswerten Erfolgen im Bereich Inneres gehört auch die Neuverhandlung des von der EU stark kritisierten Vertrages mit dem Konzern EADS über Maßnahmen zur Grenzsicherung, wobei Innenminister *Vasile Blaga* (PD) nachweislich bessere Konditionen für die rumänische Seite erzielen konnte.

- Im Hinblick auf das ebenfalls seit langen von Korruption geplagte rumänische Gesundheitswesen hat die Regierung deutliche Akzente gesetzt für die Einleitung grundlegender Reformen: für den Bereich der Krankenversicherung ebenso wie für die Apotheken, das Krankenhausmanagement und das Beschaffungswesen befinden sich Gesetze in Vorbereitung). Ein sichtbares Zeichen für den Reformwillen ist die Auswechslung einer ganzen Serie von Direktoren der wichtigsten Krankenhäusern.

Bei allen drei genannten Reformen handelt es sich um Politikbereiche, die auch von den zuständigen EU- Behörden besonders aufmerksam registriert werden.

Die Arbeit der Regierung *Tariceanu* wurde im Laufe des Jahres 2005 aber auch von teils unvorhergesehenen, teils selbstverursachten Schwierigkeiten betroffen.

- Das Land erlebte die *schwersten Überschwemmungen* der letzten Jahre. Insgesamt schätzt man die wirtschaftlichen Verluste auf rund 2 Mrd. Euro, was etwa einer Minderung des BIP um 2-3% entsprach.
- Ebenso unerwartet war der *Ausbruch der Vogelgrippe* im vergangenen Jahr. Trotz des konsequenten Krisenmanagements zur Eindämmung der Krankheitsherde und zur Durchführung von Präventionsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung hat das Land neben hohen ökonomischen Verlusten auch einen Imageschaden erlitten.

Eine erhebliche Belastung für die Regierung waren zum Jahresende die *sozialen Proteste* verschiedener Gruppen des öffentlichen Dienstes (Lehrer, Bergarbeiter, Bukarester U-Bahn Angestellte), die ihre Unzufriedenheit mit den für 2006 angekündigten Gehältern zum Ausdruck brachten.

Zu den selbstverursachten Schwierigkeiten gehören die *Auseinandersetzungen innerhalb der vier Parteien der Regierungskoalition*. Zusammen mit den ständigen Reibereien zwischen Premierminister und Staatspräsident hat das zu einem Vertrauensverlust der Parteien in der Öffentlichkeit geführt, wie sie noch keine andere Regierungskoalition seit der CDR (Demokratische Konvention Rumäniens) - Ciorbea Regierung. in 1996 erleben musste.

Im Unterschied dazu ist die *Akzeptanz des Staatspräsidenten Basescu* in den jüngsten Umfragen bis auf 60% Zustimmung angewachsen. Unbeschadet der verfassungsmäßig geregelten Kompetenzen des Präsidenten hat *Basescu* sich mehrfach in Fragen der Außenpolitik, aber auch zu den kontroversen Themen der Justizreform und Korruptionsbekämpfung äußerst publikumswirksam in Szene gesetzt durch eigene (und nicht mit der Regierung abgestimmte) Stellungnahmen.

Außenpolitisch gab es neben dem EU- Beitrittsprozess<sup>1</sup> eine Reihe weiterer Prioritäten:

---

<sup>1</sup> Die wichtigsten, in 2005 durchlaufenen Etappen des Beitrittsprozesses waren:

- ✓ Am 25. April 2005 fand die **Unterzeichnung des Beitrittsvertrags** statt, welcher Rumänien die EU-Mitgliedschaft 2007 oder spätestens 2008 sichert. Ende 2005 hatten bereits zehn EU-Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert.(die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Republik Zypern, Griechenland, Estland, die Tschechei, Spanien, Italien, Malta).
- ✓ Im Oktober 2005 wurde der **Länderbericht** der EU-Kommission veröffentlicht. Dieser erkannte die von Rumänien gemachten **Fortschritte** an: Steigerung der Unabhängigkeit, Effizienz und Professionalität der Justiz; Verbesserung der Lage der Pressefreiheit, Rückerstattung von enteignetem Vermögen, Minderheiten- und Kinderschutz; Verbesserung der makroökonomischen Lage; Ausbau des Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit, sowie die Liberalisierung des Energiemarktes, **Defizite**: mangelhafte Korruptionsbekämpfung, ineffiziente Verwaltungskapazität, schlechte Absorption der EU-

- ✓ Die **Festigung der Beziehungen zu den USA** und die neue Bekräftigung der Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus sind für die Außenpolitik Rumäniens konstitutiv. Dies konkretisierte sich Ende 2005 durch die Unterzeichnung eines Abkommens über die Einrichtung von US-Stützpunkten auf rumänischem Territorium.
- ✓ Präsident *Basescu* hat bei mehreren Anlässen die **Öffnung Rumäniens zum Westbalkan** und zum **erweiterten Gebiet des Schwarzmeerraums** zu einer vorrangigen Aufgabe der rumänischen Diplomatie erklärt. Hier könnte das Land einen aktiven Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung dieser Regionen beitragen. Dazu gehört auch eine Politik der guten Nachbarschaftsbeziehungen und die Festigung der Beziehung zur Republik Moldau und zur Lösung des Transnistrienproblems.

### ***Die Entwicklung der Parteienlandschaft***

Durch die Bildung der Regierungskoalition zwischen der *Allianz PNL-PD „D.A.“* – zusammengesetzt aus der *Nationalliberalen Partei* (PNL) und der *Demokratischen Partei* (PD)–, der *Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien* (UDMR) und der *Konservativen Partei* (PC) (vormals Humanistische Partei Rumäniens = PUR) wurde die *Sozialdemokratische Partei* (PSD) –die stärkste Partei Rumäniens– zusammen mit der Partei Großrumänien (PRM) in die parlamentarische Opposition gedrängt.

- ✓ Die **PSD** in der Opposition vollzog 2005 auch einen Wechsel an der Parteispitze. Der neue Parteichef, Ex-Außenminister Mircea Geoana, versprach eine grundlegende Reform der Partei, die infolge der häufigen innerparteilichen Skandale im hohem Masse kompromittiert ist. Nachdem wichtige Führungspersönlichkeiten der alten Nomenklatura ausgeschieden sind, könnte die Reform zumindest in 2006 einen Erfolg haben.<sup>2</sup> Die großen internen Probleme der PSD haben bislang verhindert, dass sie ihre Oppositionsrolle glaubhaft übernommen hat.

---

Fonds, Umweltverschmutzung im Industriebereich, grundsätzliche Situation der psychiatrischen Krankenhäuser, Mängel in der Lebensmittelsicherheit.

- ✓ Das Europaparlament nahm im Dezember 2005 den **Bericht von Pierre Moscovici** über den Stand der Beitrittsvorbereitungen in Rumänien und Bulgarien an. So blieb auch die Möglichkeit zum fristgemäßen Beitritt der zwei Länder offen.

<sup>2</sup> Hier handelt es sich vor allem um den ehemaligen Partei- und Staatschef Ion Iliescu, der von der Troika A. Nastase, I. Rus und M. Mitrea aus der Parteiführung gedrängt wurde. Der ehemalige Premierminister A. Nastase hat wegen eines Korruptionsskandals Mitte Januar 2006 sein Parteiamt niedergelegt.

- ✓ Auch die **PD** (in Umfragen vom Dezember 2005 entfielen von den 45% für die Allianz „DA“ abgegebenen Stimmen allein 27% auf die PD) erfuhr einen Wechsel an der Spitze, da ihr Vorsitzender Basescu ins Amt des Staatspräsidenten gewählt worden war. Die PD ist sicher eine tragende Säule der gegenwärtigen Regierungskoalition dar; sie stellt 7 von 15 Ministern<sup>3</sup>.
- ✓ Die **PNL** (in den erwähnten Umfragen vom Dezember 2005 entfielen von den 45% für die Allianz „DA“ 16,2% auf die PNL) als zweite Regierungspartei stellte mit *Calin Popescu Tariceanu* den Premierminister und sechs weitere Minister.
- ✓ Von den beiden kleineren Koalitionsparteien ist die **UDMR** als **Partei der Ungarischen Minderheit** auch weiterhin eine Konstante des rumänischen politischen Lebens. Demgegenüber hat das schwankende Abstimmungsverhalten der **PC** – vormals **PUR** - zu starken Spannungen innerhalb der Koalition und mit dem Staatspräsidenten geführt.
- ✓ Bleibt schließlich die **PRM** zu erwähnen, eine extremistische, antidemokratische, im Parlament weitgehende isolierte Gruppierung, die- wie die zunehmende Beliebtheit in den Umfragen belegt- immer mehr zum Sammelbecken von Unzufriedenen wird.

Um ein schlagkräftiges bürgerliches Gegengewicht zur PSD zu schaffen, gab es auch in 2005 verschiedentlich Versuche zur Etablierung einer *Volkspartei*, nicht zuletzt auch durch das Projekt einer Fusion von PD und PNL.

Diese tastenden Versuche fanden jedoch keinerlei Konkretisierung. Die Hauptursachen dafür waren die erheblichen programmatischen Unterschiede beider Parteien und die schwierige Zusammenarbeit im Rahmen der Regierungskoalition. Das Thema wurde Anfang 2006 von Premierminister *Tariceanu* wiederaufgenommen, jedoch wird einer Fusion PNL - PD wenig Chancen eingeräumt, solange die Hindernisse dieselben bleiben.

In diesem Kontext gab es auf der Seite der Christdemokratischen Partei **PPCD** (Nachfolgerin der ehemaligen PNTCD) einen freilich kaum wahrnehmbaren Versuch, zusammen mit der **URR** (Union für den Wiederaufbau Rumäniens) den Fokus für einen Neuanfang der Christdemokratie in Rumänien zu bilden.

---

<sup>3</sup> Ministerium für Europäische Integration (Anca Boagiu), Ministerium für Justiz (Monica Macovei) Umweltministerium (Sulfina Barbu), Transportministerium (Gheorghe Dobre), Arbeit und Sozialministerium (Gheorghe Barbu), Verwaltungsministerium (Vasile Blaga) und Erziehungsministerium (Mihail Hardau)

Die Entwicklung der rumänischen Parteienlandschaft spiegelt sich auch in den aktuellen Meinungsumfragen: Die letzte im Januar 2006 *landesweite durchgeführte Umfrage* zeigt folgendes Ergebnis: Institut CURS gibt der Allianz PNL-PD „D.A.“ 42%, PSD 26%, PRM 17%, UDMR 5%, PC (ex PUR) 3%, PNG 3%, PPCD (PNTCD) 2%. Das Institut BCS zeigt für die Allianz PNL-PD 48,6%, PSD 22,5%, PRM 13,5%, UDMR 5,1%, PNG 4,8%, PPCD (PNTCD) 2,5%, PC (ex PUR) 1,5%.

In einer dritten Umfrage im Dezember 2005 durchgeführt von dem Institut INSOMAR wurde die Allianz PNL – PD „D:A.“ mit 45% beurteilt. Zwischen den beiden Allianzparteien würden 60% der Wähler für die PD und nur 36% für die Liberalen PNL votieren.

### ***Wirtschaftliche Trends Rumänien 2005-2006***

Die Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung offenbart sowohl Licht- wie auch Schattenseiten.

- Der mit der *Steuerreform* verbundene Kaufkraftzuwachs von über einer Mrd. Euro floss, statt produktiv in Investitionen angelegt zu werden, überwiegend in den privaten Konsum, was sich vor allen in einer rasanten Zunahme der Warenimporte und damit in einem wachsenden *Handelsbilanzdefizit* niederschlug.<sup>4</sup>
- Die partielle *Liberalisierung des Kapitalverkehrs* brachte im Ergebnis einen deutlich steigenden Kapitalzufluss nach Rumänien.
- In engem Zusammenhang mit dem EU-Beitritt des Landes ist auch die *Währungsreform* vom 1. Juli 2005 zu sehen, mit der der neue, sogenannte „schwere Leu“ eingeführt wurde.
- Ein wichtiges Signal dafür, dass die rumänische Regierung auch weiterhin konsequent an einer *Stärkung des Privatsektors* interessiert bleibt, ist die Tatsache, dass die größte rumänische Bank (BCR – Rumänische Handelsbank) von der österreichischen Erste Bank übernommen wurde.

Auch der Finanzsektor zeigt positive Entwicklungstendenzen. So sind die Devisenreserven der Banken gewachsen und die fiskalische Disziplin hat sich leicht verbessert.

Zu den Schattenseiten, insbesondere für den Verbraucher, gehören u.a. die drastischen Anstiege der Energietarife sowie die Belastungen, die im Zusammenhang mit den verheerenden Überschwemmungen und dem weltweitem Anstieg der Ölpreise entstanden

---

<sup>4</sup> Gemäss des Tageszeitung Romania Libera vom 1.Oktober 2005 belief sich das Handelsbilanzdefizit auf 7,5% (= 5,827 Mrd) des auf 78 Mrd. Euro geschätzten BIP

sind. So überraschen auch die Abweichungen der Wachstums- bzw. Inflationsrate von den erwarteten Werten keineswegs.<sup>5</sup>

### ***Politische Prognosen für 2006***

Für die Regierung, die 2006 vorrangig mit dem EU-Beitritt beschäftigt sein wird, stehen folgende Bereiche im Zentrum ihrer Politik: Justizwesen und Grenzsicherung, Wettbewerb, Umweltschutz, Verwaltungs- und Gesundheitsreform, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Modernisierung der Landwirtschaft, Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, usw.

Der Mitte Mai zu erwartende EU-Kommissionsbericht, der auch ein Datum für den Beitritt Rumäniens empfehlen wird, wird in jedem Fall die Entwicklung der politischen Kräfte im Lande maßgeblich beeinflussen. Szenarien politischer Beobachter halten sogar die Durchführung von vorgezogenen Parlamentswahlen im Falle einer Verschiebung des Beitrittstermins auf 2008 für möglich.

---

<sup>5</sup> Das wirtschaftliche Wachstum betrug in Jahr 2005 knapp 4% des BIP und nicht 6% wie ursprünglich geplant. Schuld daran waren teilweise die überschwemmungsbedingten Einbußen der Landwirtschaft. Die Inflationsrate überstieg mit 8.8-8.9% die ursprünglich geplanten 7%. Hier ist eine Ursache in den gestiegenen Energiepreisen zu suchen.